



## **Wissenschaftsausschuss**

### **53. Sitzung (öffentlich)**

19. August 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD) (Vorsitzender)

Raphael Tigges (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
|          | <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>7</b> |
| <b>1</b> | <b>Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums</b> | <b>8</b> |
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/5358
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

- 2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW 11**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8298 (Neudruck)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 3 Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch! 13**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/7541  
Ausschussprotokoll 17/1011 (Anhörung vom 20.05.2020)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung weiterer Gesetze im Hochschulbereich 15**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/9830
- Verfahrensabsprache
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

**5 Studierende unterstützen – Beantragung und Bearbeitung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz BAföG digitalisieren 16**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/9821

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch durchzuführen.

**6 Nordrhein-Westfalens Potenziale nutzen: Frauen in der Wissenschaft stärken, Entgelt Differenz abbauen, diskriminierungsfreie Beurteilung von Leistung in der Wissenschaft gewährleisten 17**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/9816

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

**7 Fair geht mehr: Gendergerechtigkeit und Digitalisierung zusammen denken – Strukturelle Benachteiligungen von Frauen abbauen und brachliegendes Potenzial für die digitale Transformation nutzen 18**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/9811

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses zu beteiligen.

- 8 Akademisierung der Hebammenausbildung** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **19**  
Vorlagen 17/2712/3048  
– mündlicher Bericht der Landesregierung  
– Wortbeiträge
- 9 Corona-Hilfen für die Studierenden in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **23**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3680  
– Wortbeiträge
- 10 Cyberangriffe und IT-Sicherheit** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **24**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3691  
– Wortbeiträge
- 11 Geplante Kürzungen des Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **26**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3730  
– Wortbeiträge
- 12 Zahl der Bafög-Empfänger** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **27**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3690  
– keine Wortbeiträge

<b>13</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>28</b>
<b>a)</b>	<b>22. Weiterbildungskonferenz NRW</b>	<b>28</b>
	Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 22. September 2020 zwischen 14 und 18 Uhr eine Nachbesprechung der 22. Weiterbildungskonferenz NRW durchzuführen und die Sitzung per Livestream zu übertragen.	
<b>b)</b>	<b>23. Weiterbildungskonferenz NRW</b>	<b>28</b>
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, vorbehaltlich der Zustimmung der weiterbildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher die 23. Weiterbildungskonferenz NRW am 10. März 2021 oder am 14. April 2021 durchzuführen.	
<b>c)</b>	<b>Weiterbildungseinrichtungen</b>	<b>28</b>
<b>d)</b>	<b>50 Jahre Wissenschaftsministerium</b>	<b>30</b>



## 2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8298 (Neudruck)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Wissenschaftsausschuss, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 23.01.2020)*

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** unterstreicht, es gehe um einen wissenschaftspolitisch und wissenschaftlich wichtigen und relevanten Sachverhalt. Erst in der vergangenen Woche sei im Tagebau Hambach ein bis ins fünfte Jahrhundert genutzter römischer Brunnen entdeckt worden. Aus historischer Sicht sei er ziemlich wertvoll. Er habe Überreste einer alten Säule enthalten, die neue geschichtliche Erkenntnisse geliefert habe.

In Tagebaugebieten gälten bei der Entdeckung solcher archäologischen Fundstücke völlig andere Regelungen als an allen anderen Orten. Lediglich 5 % der Tagebauflächen würden durch das Amt für Bodendenkmalpflege des Landschaftsverbandes archäologisch untersucht und beforscht. Die übrigen 95 % gingen ohne vorherige Untersuchung verloren. Die schriftliche Anhörung habe bestätigt, dass damit einhergehende Verluste archäologischer Schätze wissenschaftlich nicht verantwortbar seien und letzten Endes einen Verstoß gegen das Überkommen zum Schutz des archäologischen Erbes darstellten. Archäologische und denkmalpflegerische Maßnahmen sollten deshalb abgesichert und ausgebaut werden.

**Dietmar Bell (SPD)** verweist auf die Gesetzesinitiative der Landesregierung. In dem damit einhergehenden Anhörungsverfahren könnten solche Fragen erörtert werden. Die singuläre Beantragung durch den vorliegenden Gesetzentwurf sei entbehrlich.

Zudem lasse der Gesetzentwurf relativ deutlich erkennen, dass es eigentlich um die Frage gehe, in welchem Umfang weiterhin Braunkohle abgebaut werden könne.

**Dr. Stefan Nacke (CDU)** lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf aus den gleichen Gründen ab.

Auch **Daniela Beihl (FDP)** betont, eine umfassende Reform des Denkmalschutzgesetzes sei in Arbeit. Eine Beschränkung auf zwei Einzelmaßnahmen wie im vorliegenden Entwurf sei nicht sinnvoll.

**Helmut Seifen (AfD)** meint, die von den Grünen erhobene Forderung einer besonderen Berücksichtigung von Klima- und Ressourcenschutz bedeute in der Regel, die Erhaltung eines Baudenkmals wirtschaftlich unmöglich zu machen.

**StS Annette Storsberg (MKW)** bestätigt, ein Gesetzentwurf der Landesregierung zum Denkmalschutz liege vor. In diesem Zuge könnten auch Fragen der Bodendenkmalpflege beraten werden.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** kritisiert, laut Referentenentwurf könnten die zuständigen Denkmalschutzbehörden zwar künftig Grabungsschutzgebiete in Abbaugebieten erlassen, doch die übrigen Ausnahmeregelungen sollten erhalten bleiben. Insofern ergebe sich beim Gesetzentwurf der Landesregierung noch Änderungsbedarf.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.